

# Zentrum hätte Sogwirkung

«Wiler Komitee gegen den Bau des islamischen Zentrums» gegründet

Am Mittwoch stellte sich das neu gegründete «Wiler Komitee gegen den Bau des islamischen Zentrums» den Medien vor.

Das Komitee möchte in den nächsten Monaten eine unüberhörbare Aufklärungs-Kampagne zum Islam durchführen und mit aller Kraft die neu lancierte Volksinitiative «gegen den Bau von Minaretten» unterstützen. Startschuss ist ein Informationsabend zum Thema «Wie gefährlich ist der Islam wirklich?» am 18. Mai in Flawil.

«Damit soll insbesondere verhindert werden, dass die Region Wil ohne demokratische Mitsprache der Bevölkerung zu einem islamischen Zentrum wird. Dies hätte eine überregionale Sogwirkung auf die Kleinstadt und würde die akuten Integrationsprobleme weiter verschärfen», betonte der Wiler SVP-Kantonsrat Lukas Reimann.

## Minarett symbolisiert Machtanspruch

Die am 1. Mai gestartete Initiative enthält die klare Forderung «Der Bau von Minaretten ist verboten». Das Minarett als Bauwerk habe keinen religiösen Charakter und werde weder im Koran noch in anderen heiligen Schriften des Islams auch nur erwähnt. «Das Minarett ist Symbol eines religiös-politischen Machtanspruchs, der unter dem Titel Religionsfreiheit andere Freiheitsrechte bestreitet und in Widerspruch mit der Rechtsordnung in der Schweiz gerät», betonte Reimann.



Bild: Walter Sutter

Vertreten die Volksinitiative «gegen den Bau von Minaretten» (v.l.n.r.): Kantonsrat Lukas Reimann, Nationalrätin Jasmin Hutter, SVP-Ortspräsident Hand Ruedi Keller und Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer.

## Rechtlose Frauen

Vor allem Frauen seien in ihrer Gleichberechtigung beeinträchtigt. «Ich denke da Zwangsheiraten oder die körperliche Züchtigung durch den Ehemann», hob Nationalrätin Jasmin Hutter hervor. Mädchen ohne Verhüllung würden zunehmend angefeindet und als Huren bezeichnet. «Wer hier lebt hat unsere Grundsätze zu respektieren. Wer Praktiken wie Kinderverlobnisse, Zwangsehen oder Blutrache begünstigt muss mit Gefängnis und Landesverweis bestraft werden», betonte Jasmin Hutter.

## Demokratische Rechtsordnung

Wer – wie in islamischen Staaten üblich – die Religion über den Staat stelle, religiösen also höhere Geltung zuordne als der im Rechtsstaat demokratisch geschaffenen Rechtsordnung, gerate in der

Schweiz unweigerlich in Widerspruch zur Bundesverfassung. Das Minarett sei das Symbol dieses Machtanspruchs, das die verfassungsmässigen Freiheitsrechte in Frage stelle. Mit dem Verbot von Minaretten werde erreicht, dass die Rechtsordnung in der Schweiz garantiert bleibe, so Reimann. Mit der Initiative werde die Glaubensfreiheit als Grundrecht nicht tangiert.

## Schwierig zu unterscheiden

Es sei schwierig, die einzelnen Gruppierungen innerhalb des Islams zu unterscheiden. Das habe sich in Wangen/Olten gezeigt, als erst der Inlandgeheimdienst den Trägerverein als Ableger der militanten «Grauen Wölfen» entlarven konnte, erklärte Nationalrat Ulrich Schlüer.

Walter Sutter